

Bremer Straßenbahn AG, Bremen

Halbjahresfinanzbericht 2010

1. Januar bis 30. Juni 2010

Zwischenlagebericht

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Nachfrage legt weiterhin deutlich zu

Die Nachfrage lag im ersten Halbjahr mit 50,7 Mio. Fahrgästen um 0,5 Mio. (0,9 %) über Vorjahr, und um 1,0 Mio. (2,1 %) über der Planung. Während noch im ersten Quartal die Nachfrage aufgrund des strengen Winters deutlich den Plan überstieg, lag sie vor allem wegen einer geringeren Nutzung des StadtTickets im 2. Quartal um 0,4 Mio. (1,8 %) unter Plan. Für das zweite Halbjahr wird eine entsprechende Entwicklung angenommen, so dass die Prognose um 0,4 Mio. Fahrgäste (0,4 %) gegenüber Plan und 1,0 Mio. Fahrgäste (1,0 %) gegenüber Vorjahr angehoben wird.

Angebot liegt im vereinbarten Rahmen

Das zweite Quartal endete mit dem Beginn der Baumaßnahmen „Vor dem Steintor“ und „Am Hulsberg“, die auf den Linien 2, 3, und 10 umfangreiche Schienenersatzverkehre zur Folge hatten und auch im Juli noch haben werden. Insgesamt lag die Betriebsleistung geringfügig über Plan (0,2 %), aber wegen der Zusatzverkehre zum Kirchentag im vergangenen Jahr entsprechend unter den Vorjahreswerten. Im Straßenbahnbereich lag das Angebot baustellenbedingt leicht unter, im Busbereich entsprechend über dem Planwert. Auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen verlief das Angebot stabil in dem in der Betrauung vereinbarten Rahmen. Die Prognose stimmt mit dem Plan überein.

Personalstand im Plan

Zur Jahresmitte waren 2.072 Beschäftigte, davon 69 Auszubildende, bei der BSAG tätig. Der Personalstand lag – umgerechnet in aktive Vollzeitpersonale – um 23 (1,4 %) unter Vorjahr, aufgrund der Übernahme von Auszubildenden sowie von Mitarbeitern aus dem Bagis-Projekt stichtagsbezogen um 28 (1,8 %) über Plan. Die Gesundheitsquote lag mit 93,1 % über Vorjahres- und Planniveau.

Der Personalaufwand lag in Summe mit 40,1 Mio. € um 1,2 Mio. € (3,0 %) unter dem Vorjahr.

Investitionsabwicklung weitgehend im Plan

Die Investitionsabwicklung lag im ersten Halbjahr bei 11,2 Mio. € und somit um 0,3 Mio. € (2,5%) geringfügig über Plan. Dem Effekt aus der verspäteten Busauslieferung stehen Planunterschreitungen durch Verzögerungen im Bereich der Infrastruktur, bei der Generalüberholung an den GT8N und bei der Informationstechnologie gegenüber. Aufgrund der Verschiebung diverser Maßnahmen wird der Plan voraussichtlich unterschritten werden.

Umsätze weiter auf Wachstumskurs

Der sprunghafte Anstieg der Beförderungserträge im ersten Quartal aufgrund des strengen Winters setzte sich im zweiten Quartal nicht weiter fort, sondern verliefen nahezu auf Planniveau (-0,1 %), so dass die Planüberschreitung im ersten Halbjahr bei 2,1 Mio. € (5,6 %) und die Vorjahrsüberschreitung bei 1,9 Mio. € (5,1 %) lag. Dabei blieb die Nachfrage aus dem StadtTicket um 0,6 Mio. € (71,0 %) deutlich hinter der Erwartung zurück, während die Fahrgeldererträge um 2,7 Mio. € über Plan lagen. Auch die sonstigen Umsatzerlöse (insbesondere erhöhtes Beförderungsentgelt und Fahrzeugwerbung) übertrafen um 0,2 Mio. € (9,4 %) den Planansatz und um 0,1 Mio. € (3,6 %) den Vorjahreszeitraum.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 5,4 Mio. € um 2,2 Mio. € (69,9 %) über dem Vorjahreswert und 2,0 Mio. € (57,9 %) über Plan. Die Abweichungen resultieren aus periodischen Verschiebung von Erträgen durch die Bundesagentur für Arbeit aus dem ATZ-Modell von 1,1 Mio. €, Schadensersatzzahlungen aufgrund verspäteter Auslieferung von Bussen von 0,4 Mio. € sowie höheren Erlösen aus dem Verkauf alter Busse und Leistungen für die Stadt Bremen.

Insgesamt lagen die Betrieblichen Erträge mit 48,6 Mio. € um 4,3 Mio. € (9,7 %) über Vorjahr und um 4,5 Mio. € (10,2 %) über Plan.

Aufwandsentwicklung durch Energie- und Sachkosten geprägt

Die Materialaufwendungen fielen mit 14,6 Mio. € um 0,6 Mio. € (4,2 %) höher aus als im ersten Halbjahr des Vorjahres, jedoch um 0,1 Mio. € (0,4 %) niedriger als geplant. Insbesondere war dies auf höhere Leistungen für die Stadt und für Dritte zurückzuführen, diese lagen um 1,3 Mio. € über dem Vorjahreswert und um 0,8 Mio. € über der Planung. Gegenpositionen hierzu befinden sich teilweise bei den Bestandsveränderungen und den sonstigen betrieblichen Erträgen. Die Kosten für Fahrstrom und Diesel lagen – als Folge des kalten Winters – vorwiegend verbrauchsbedingt um 0,2 Mio. € über Plan, jedoch insgesamt um 0,1 Mio. € unter dem Vorjahr. Planunterschreitungen in der Fahrzeuginstandhaltung (0,5 Mio. €), in der Infrastruktur (0,3 Mio. €) sowie in der Verwaltung (0,3 Mio. €) resultierten vor allem aus saisonalen Verschiebungen.

Die Betrieblichen Aufwendungen lagen insgesamt mit 68,2 Mio. € um 0,2 Mio. € (0,3 %) unter dem Vorjahr und um 0,9 Mio. € (1,2 %) unter Plan.

Ergebnisentwicklung im Rahmen der Planung

Mit Ablauf des ersten Halbjahres erreichte die zwischenzeitliche Ergebnisverbesserung einen Stand von 3,7 Mio. € (13,7 %) gegenüber Vorjahr und 5,0 Mio. € (17,8 %) gegenüber Plan. Wichtigste Ursachen hierfür waren in erster Linie deutlich höhere Beförderungserträge als Folge des strengen Winters, höhere Erträge aus dem ATZ-Modell durch die Bundesagentur für Arbeit, geringerer interner Sachaufwand sowie geringere Abschreibungen. Da im zweiten Halbjahr diverse, gegenläufige Einflüsse erwartet werden, wird für das Jahresende eine Ergebnisverbesserung gegenüber der Planung von 0,3 Mio. € erwartet. Der Verlust wird damit nach derzeitiger Einschätzung mit 52,6 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres liegen. Die Kontrakteinhaltung ist nicht gefährdet.

Ausblick sowie Chancen und Risiken

Ausblick

Im Jahr 2009 wurde ein Folgekontrakt für die Jahre 2011 bis 2020 zwischen der Stadt Bremen, dem Vorstand und dem Betriebsrat der BSAG und der Gewerkschaft ver.di abgeschlossen. Eckpunkte des Kontrakts sind u. a. die weitere Reduzierung der Unternehmensverluste der BSAG von 54,7 Mio. Euro im Jahr 2011 auf 40,2 Mio. Euro im Jahr 2020 sowie die gleichzeitige Umsetzung des Schienennetz-Ausbaus um rund 27 Kilometer.

Ergänzend hierzu ist vorgesehen, dass die Stadt Bremen gemeinsam mit dem ZVBN Mitte 2010 im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages entsprechend der EU-VO 1370/2007 die Leistungen im straßengebundenen ÖPNV an die BSAG vergeben.

Chancen und Risiken

Mit den Geschäftsaktivitäten der BSAG sind neben Chancen auch Risiken verbunden. Auf die aktive Steuerung dieser Risiken ist das implementierte Risikomanagement ausgerichtet. Um frühzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können, verfügt die BSAG über ein integriertes Risikomanagementsystem, das die nötigen Informationen aufbereitet und unmittelbar aus den gesetzlichen Anforderungen abgeleitet ist. Dieses System wird kontinuierlich inhaltlich weiterentwickelt.

Zu den im Geschäftsbericht 2009 genannten Risiken haben sich keine Änderungen ergeben.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen derzeit nicht.

Chancen ergeben sich für die BSAG aus der Entwicklung der Fahrgelderträge.

**Verkürzte Bilanz
zum 30.06.2010**

<u>Aktiva</u>	30.06.2010 T€	30.06.2009 T€	<u>Passiva</u>	30.06.2010 T€	30.06.2009 T€
<u>Anlagevermögen</u>			<u>Eigenkapital</u>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.130	2.437	Gezeichnetes Kapital	10.226	10.226
Sachanlagen	176.479	171.101	Kapitalrücklage	11.791	11.791
Finanzanlagen	2.721	2.721	Gewinnrücklage	1.022	1.022
	181.330	176.259		23.039	23.039
<u>Umlaufvermögen</u>			Sonderposten mit Rücklageanteil	1.510	1.510
Vorräte	6.212	5.283	Rückstellungen	47.192	49.514
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25.812	31.628	Verbindlichkeiten	148.595	143.587
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	7.140	6.123	Rechnungsabgrenzungsposten	363	1.783
	39.164	43.034			
Rechnungsabgrenzungsposten	205	140			
	220.699	219.433		220.699	219.433

**Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2010**

	01.01.- 30.06.2010 T€	01.01.- 30.06.2009 T€
Umsatzerlöse	42.200	40.198
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	188	19
Andere aktivierte Eigenleistungen	788	883
Sonstige betriebliche Erträge	5.387	3.170
	48.563	44.270
Materialaufwand	-14.568	-13.986
Personalaufwand	-40.097	-41.340
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-8.706	-7.990
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.797	-5.064
Erträge aus Beteiligungen	0	79
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	34
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.729	-2.746
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-22.325	-26.743
Außerordentliche Aufwendungen	-827	0
Außerordentliches Ergebnis	-827	0
Sonstige Steuern	-15	-99
Erträge aus Verlustübernahme	23.167	26.842
Halbjahresüberschuss	0	0

Verkürzter Anhang für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2010

Allgemeine Angaben

Der Zwischenabschluss zum 30.06.2010 wurde in Übereinstimmung mit § 37w WpHG sowie nach den für börsennotierte Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und unter Beachtung ergänzender Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Die im verkürzten Abschluss zur Zwischenberichterstattung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen, soweit nicht Änderungen aufgrund des BilMoG erforderlich waren, denen des letzten Jahresabschlusses zum 31.12.2009.

Soweit bei der Erstanwendung des BilMoG erfolgswirksame Anpassungen vorzunehmen waren, wurden diese nach Art. 67 Abs. 7 EGHGB im Posten „außerordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Haben sich aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG die bisherige Form der Darstellung oder die bisher angewandten Bewertungsmethoden geändert, so hat die Gesellschaft gem. Art. 67 Abs. 8 Satz 1 EGHGB die §§ 252 Abs. 1 Nr. 6, 265 Abs. 1 und 284 Abs. 2 Nr. 3 HGB nicht angewendet.

Die Gesellschaft hat gem. Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB die gem. § 265 Abs. 2 Satz 1 HGB anzugebenden Vorjahreszahlen nicht an die geänderten Bewertungsmethoden angepasst.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden zu ursprünglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Herstellungskosten umfassten Fertigungsmaterial, Fertigungslöhne sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten. Erhaltene Investitionszuschüsse wurden von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgesetzt.

Die Abschreibungen erfolgten nach der linearen Methode. Der zugrunde gelegte Abschreibungssatz entsprach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände. Auf die Zugänge bei den abnutzbaren Anlagen wurde der zeitanteilige Abschreibungssatz verrechnet. Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert bis 1.000,00 € werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen wurden zu Anschaffungskosten bzw. unter Berücksichtigung des § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Vorräte wurden zu gleitenden Durchschnittspreisen bewertet. Für Materialien mit langer Lagerdauer wurden angemessene Abschläge vorgenommen. Die unfertigen Leistungen wurden mit Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Diese umfassten Fertigungsmaterial, Fertigungslöhne sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zu Nennwerten angesetzt. Das allgemeine Ausfallrisiko für Forderungen wurde durch eine aktivische Absetzung berücksichtigt.

Für die Pensionsrückstellungen wurden bis 31.12.2009 die Teilwerte auf der Grundlage der „Richttafeln 2005G“ von Dr. Heubeck und unter Anwendung eines Rechnungszinssatzes von 6 % versicherungsmathematisch ermittelt. Mit Einführung des BilMoG sind die Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung eines Durchschnittszinssatzes nach der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) sowie zukünftiger Renten- und Gehaltssteigerungen u. a. zu ermitteln. Bei der Bewertung wurde das Anwartschaftsbarwertverfahren (projected unit credit method), ein

Zinssatz von 5,25 % gem. RückAbzinsV, zukünftige Einkommenssteigerung von jährlich 2,0 %, zukünftige Rentenerhöhungen von jährlich 2,0 % sowie eine Fluktuationsrate von 1,5 % angesetzt.

Von der Vereinfachung gem. § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde Gebrauch gemacht und entsprechend ein durchschnittlicher Marktzinssatz gem. RückAbzinsV mit einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren angesetzt.

Der aus der Neureglung des § 253 Abs. 2 HGB resultierende Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 4.982 T€ darf nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB in Raten von mindestens einem Fünfzehntel pro Jahr bis spätestens 31.12.2024 angesammelt werden. Von dieser Möglichkeit wurde Gebrauch gemacht und entsprechend 166 T€ der Rückstellung zugeführt. Die Aufwendungen hieraus erfolgten im Posten „außerordentliche Aufwendungen“. Der nicht ausgewiesene Fehlbetrag beläuft sich auf 4.816 T€.

Bei der Ermittlung der Rückstellung für Altersteilzeit wurde bis zum 31.12.2009 ein Rechnungszinssatz von 5,5 % angewendet. Entsprechend der neuen Regelungen in § 253 Abs. 2 HGB i. V. m. Art. 67 Abs. 7 EGHGB wurden 660 T€ der Rückstellung zugeführt und der Aufwand im Posten „außerordentliche Aufwendungen“ erfasst.

Bei der Bemessung der sonstigen Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung getragen.

Angaben zu Positionen der Bilanz

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 200.000 Stückaktien, die sämtlich auf den Inhaber lauten. Davon besaß die Bremer Verkehrsgesellschaft mbH am 30.06.10 198.059 Stück bzw. 99,03 %.

Der Sonderposten resultierte aus der nach steuerlichen Vorschriften (§ 6 b EStG) gebildeten Rücklage für Erträge aus Grundstücksverkäufen.

Die ausgewiesenen Rückstellungen enthalten u. a. Beträge für Pensionsrückstellungen und für Jubiläumsrückstellungen sowie für Rückstellungen für Drohverluste, für unterlassene Instandhaltung, für Haftpflichtrisiken und den Personalbereich.

Am 30.06.2010 bestanden Verpflichtungen aus einem Bestellobligo in Höhe von bis zu 11,2 Mio. € aus dem im Jahr 2002 abgeschlossenen Vertrag über die Lieferung von 20 Niederflurstraßenbahnen sowie aus der Ausübung von Optionen über die Lieferung von 23 weiteren Niederflurstraßenbahnen. Das Bestellobligo betrifft 9 Fahrzeuge aus der Restabwicklung dieser Verträge. Darüber hinaus bestand ein Bestellobligo für die Lieferung von 16 Bussen in Höhe von 4,9 Mio. €. Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die weder in der Bilanz erscheinen noch als Haftungsverpflichtung genannt wurden, belaufen sich für Miet-, Erbbaurechts- und Leasingverträge bis zum Ende der jeweiligen Vertragslaufzeit auf 15,6 Mio. €. Des Weiteren bestehen Verpflichtungen für eine noch nicht eingezahlte Kommanditeinlage (47 T€) sowie 6,3 Mio. € für laufende Bestellungen.

Angaben zu Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

1. Die sämtlich im Inland erzielten Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf:

	30.06.2010	30.06.2009
	T€	T€
Fahrgelderträge	35.718	33.138
Ausgleichszahlungen gem. § 148 SGB IX	1.370	1.269
Ausgleichszahlungen gem. § 45 a PBefG	2.304	2.454
Ausgleich StadtTicket	261	0
Zuschüsse für Linien	258	1.110
Einnahmen aus dem Berufsverkehr	0	24
Einnahmen aus dem freigestellten Schülerverkehr und Mietwagenverkehr	289	272
	<u>40.200</u>	<u>38.267</u>
Andere Umsatzerlöse	2.000	1.931
	<u>42.200</u>	<u>40.198</u>

2. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten:

	30.06.2010	30.06.2009
	T€	T€
Weiterberechnungen an die Stadtgemeinde Bremen	1.471	355
Weiterberechnungen an verbundene und beteiligte Unternehmen	105	106
Erstattungsansprüche ATZ	1.438	162
Erträge aus Haftpflichtschäden	274	262
Diverse andere Posten	1.725	1.471
periodenfremd:		
Gewinne aus Anlagenabgängen	156	91
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	210	715
Weitere periodenfremde Erträge	8	8
	<u>5.387</u>	<u>3.170</u>

Der mit dem Betrieb gewerblicher Art „Bau und Vermietung von Nahverkehrsanlagen“ der Freien Hansestadt Bremen (kurz: BgA) sowie dem Amt für Straßen und Verkehr geänderte Infrastrukturvertrag trat mit Wirkung vom 22. September 2009 in Kraft und ersetzte die seit dem 1. Juli 2006 geltende Fassung. Bremen obliegt die Planung und Finanzierung der Betriebs- und Straßenanlagen bei Neubaumaßnahmen sowie der Neubau, der Ersatzbau, die Ersatzbeschaffung, der Umbau und die Entfernung des Unterbaus, des Untergrundes, der Haltestellenbauwerke und der Fahrsignalanlagen als Teil verkehrstechnischer Lichtsignalanlagen. Des Weiteren beschafft Bremen die Grundstücke für neue Betriebsanlagen. Die Durchführung dieser Baumaßnahmen vollzieht sich im Rahmen der von Bremen bereitgestellten Mittel und wird von der Gesellschaft nach den gleichen Grundsätzen wie die von der Gesellschaft selbst zu finanzierenden Investitionen abgewickelt. Die Aufwendungen hierfür wurden in den betreffenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Erstattung dieser Investitionskosten seitens Bremen wurde unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Erträge aus Verlustübernahme betrafen den gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH zu übernehmenden Verlust.

Sonstige Angaben

In der Zusammensetzung des Vorstandes hat sich gegenüber dem Jahresabschluss zum 31.12.2009 keine Veränderung ergeben.

In der Zusammensetzung des Aufsichtsrats hat sich gegenüber dem Jahresabschluss zum 31.12.2009 keine Veränderung ergeben.

Von der durchschnittlichen Zahl der Arbeitnehmenden (1.941) waren 1.522 Lohnempfangende und 419 Gehaltsempfangende einschließlich der leitenden Angestellten.

Eine Prüfung bzw. prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts erfolgte nicht.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Zwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Zwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Bremen, den 30.08.2010

Der Vorstand

Drechsler

Hünig

Müller